Kreis Segeberg
KREISTAGSBÜRO

N i e d e r s c h r i f t

4. Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt-Natur- und Klimaschutz

Sitzungstermin:	Mittwoch, 26.02.2014
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	21:10 Uhr
Ort, Raum:	Kreistagssitzungssaal, Hamburger Straße 30, Bad Segeberg

Anwesende:

Herr Arne Hansen	
Frau Kathrin Bühring	Vertretung für: Frau Krauß, Evelyn
Herr Hans-Jürgen Sass-Olker	
Frau Annette Glage	
Herr Anton Josov	
Herr Ole-Christopher Plambeck	Vertretung für: Herrn Brauer, Sven-Hilmer
Herr Sönke Siebke	
Herr Hauke von Essen	
Herr Reinhold Nawratil	
Herr Olaf Schefe	
Herr Jens Wersig	
Frau Katharina Loedige	
Herr Thomas Wilken	
Herr Heinz Pohlenz	
Herr Dieter Schenk	
Herr Claus Peter Dieck	KT-Abg. als Gast
Frau Susanne Strehl	KT-Abg. als Gast bis 20:30 Uhr
Herr Henning Wulf	KT-Abg. als Gast bis 20:30 Uhr
Frau Ulla Lange	KT-Abg. als Gast
Frau Rita Marcussen	KT-Abg. als Gast
Herr Wolfgang Schnabel	KT-Abg. als Gast ab 18:30 Uhr
Frau Anke Pawlik Kreisseniorenbeirat	als Gast
Herr Kretschmer Verbandsvorsteher WZV	
Herr Mozer SVG	
Herr Falck kommissarischer FBL Umwelt, Planen, Bauen	
Herr Birnbaum Klimaschutzmanager	
Frau Moser Beteiligungsmanagement	bis 20:30 Uhr
Frau Harder Protokollführerin	

Abwesende:
Frau Evelyn Krauß
Herr Sven-Hilmer Brauer

Tagesordnung:

(öffentlich)

1 Einwohnerfragestunde I

2 Formalien

2.1 Genehmigung der Tagesordnung

2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 05.02.2014

3 Beratung und/oder Beschlussfassung

3.1 Bericht aus der Abfallwirtschaft (WZV)

3.2 Berichte der Klimaschutzmanager

3.3 Neue Knickschutzbestimmungen und praktische Umsetzung

3.4 Reduzierung der Ausgleiche des Landes für die kostenlose Beförderung von Schwerbehinderten im ÖPNV
Vorlage: DrS/2014/028

3.5 Aktueller Sachstand zum SVG-Rechtsformwechsel
Vorlage: DrS/2014/030

3.6 Emissionsarme Mobilität in der Kreisverwaltung Segeberg
Antrag der SPD-Fraktion (vgl. KT v. 10.12.2013)
Vorlage: DrS/2013/160

3.7 Informationen zur Gründung Nahverkehrsverbund Schleswig-Holstein (nah.sh) und zur Umwandlung der LVS GmbH in die nah.sh GmbH

4 Berichte der Verwaltung

5 Verschiedenes

5.1 Informationen und Anfragen

5.2 Anregungen für die nächste Sitzung

6 Einwohnerfragestunde II

Protokoll:
Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist.
Anschließend werden die Punkte der Tagesordnung wie folgt beraten und beschlossen:

(öffentlich)

zu 1 Einwohnerfragestunde I
Es werden keine Fragen aus der Einwohnerschaft gestellt.

zu 2 Formalien

zu 2.1 Genehmigung der Tagesordnung
Auf Wunsch des Ausschusses wird Herr Falck zur Anfrage der Piratenfraktion bzgl. Jagdsteuer unter TOP 4 berichten.
Die Tagesordnung wird in dieser Form ohne Gegenstimmen genehmigt.

zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 05.02.2014
Herr Birnbaum weist darauf hin, dass die Fracking-Veranstaltung um 17: 30 Uhr und nicht um 17:00 Uhr stattfindet.
Die Niederschrift wird ohne weitere Gegenstimmen genehmigt.

zu 3 Beratung und/oder Beschlussfassung

zu 3.1 Bericht aus der Abfallwirtschaft (WZV)
Eingangs informiert Herr Kretschmer über die am 05.04.2014 bevorstehende 60-Jahr-Feier des Wege-Zweckverbandes der Gemeinden des Kreises Segeberg, zu welcher noch schriftliche Einladungen versendet werden.
Des Weiteren berichtet er über die Anfang 2014 gestartete Kooperation mit der Stadt Neumünster – der dortige Recyclinghof wird nunmehr über ein gemeinsames Tochterunternehmen bewirtschaftet. Ziel ist, Kunden aus dem Kreis Segeberg eine weitere Entsorgungsmöglichkeit zu bieten, die Erfassung der Wertstoffmengen zu steigern und durch gemeinsamen Betrieb und Lernen vom jeweils anderen die wirtschaftliche Situation des Hofes nachhaltig zu verbessern.
Wie bekannt sollen Bioabfälle zukünftig nicht nur kompostiert werden, im Rahmen der Energiewende soll auch Biogas erzeugt werden. Aktuell liegt ein Entwurf der Genehmigung für den Bau einer entsprechenden Anlage vor. Im Laufe des Jahres solle sich entscheiden, ob und wann diese Anlage errichtet werde.
Die Altkleidercontainer des WZV hätten aufgrund eines neuen Entsorgungs-Partners ein neues Design erhalten.
Derzeit werde in Bad Segeberg ein neuer Recyclinghof gebaut, welcher im Herbst fertig gestellt sein soll und durch welcher eine bessere Wertstofftrennung erhofft werde.
Ein Optimierungsbedarf in der Wertstofftrennung erhoffe Herr Kretschmer sich ebenfalls durch das Projekt Bio Plus, welches bereits im Jahr 2013 gut angelaufen sei. Im Jahr 2014 soll das System weiter optimiert werden, dazu wird der Abfallwirtschaftsausschuss des WZV Anfang April konkrete Vorschläge erarbeiten.
Der Abfallwirtschaftsausschuss befasse sich auch mit dem neuen Strauchguterfassungssystem – hier wird es vermutlich ein Modellprojekt mit einzelnen interessierten Gemeinden geben.
Das Land stelle seinen Abfallwirtschaftsplan für Siedlungsabfälle im März im Kabinett vor. Die Frist zur Abgabe der Stellungnahmen sei anschließend der 07.05.2014.
Laut Herrn Kretschmer wolle die neue Bundesregierung die Umstellung der Wertstofferfassung weiter verfolgen.
Abschließend berichtet er über die aktuell anlaufende Novellierung des Elektrogesetzes, zentrale Inhalte sind auch schon im Abfallwirtschaftskonzept des Kreises enthalten.

zu 3.2 Berichte der Klimaschutzmanager

Herr Birnbaum stellt den Bericht der Klimaschutzmanager anhand einer Präsentation vor, welche dem Protokoll anhängt.
Auf Nachfrage von Frau Loedige erläutert Herr Birnbaum, dass die Gemeinden und Ämter sich bzgl. der „Kreis-Energiespar-Tour“ an die Klimaschutzmanager wenden könnten und diese dann bei Interesse beraten würden.

zu 3.3 Neue Knickschutzbestimmungen und praktische Umsetzung

Herr Falck erläutert anhand der anhängenden Präsentation die neuen Knickschutzregelungen des Landes und deren praktische Umsetzung. Elementar sei, dass zu den bereits durchgeführten anlassbezogenen Kontrollen auch systematische Kontrollen hinzukommen sollen. Für diese seien im vorgesehenen Maß allerdings personelle Ressourcen nicht hinreichend vorhanden. Er betont aber auch, mit der Presseberichterstattung zu diesem Thema („Knick-Unsinn“) nicht zufrieden zu sein. Es sei schwer einen fachlich tragbaren Kompromiss unter Berücksichtigung aller Belange zu finden.
Nachdem Herr Falck einige inhaltliche Fragen aus dem Ausschuss beantwortet, informiert er aufgrund von Nachfragen auch darüber, dass mit vorhandenen Luftbildern gearbeitet werde und dass bei der Durchsetzung der Knickschutzbestimmungen auch die Effektivität des Verwaltungshandelns zu beachten sei. Durch die Verwendung sogenannter „Ökokonten“ sei die vorgeschriebene Ersatzmaßnahme zur Schaffung eines neuen Knicks innerhalb des Naturraums landesweit auch an einem anderen Ort möglich.
Herr Dieck erläutert, dass bei den bestreffenden Landwirten „Frustration“ entstehe, da für übergeordnete Planungen wie z.B. der Bau der A20 die Regelungen über eine Knickverschiebung nicht zu gelten scheinen. Des Weiteren werde generell das Buschwerk gesammelt und gehäckselt, nur in kleineren Mengen werde es verbrannt.
Der Vorsitzende regt an, dass der Kreisklimarat dazu ein Konzept erstellen könne.
Herr Falck appelliert abschließend an alle Beteiligten, dass es wichtig sei, nicht gegeneinander zu arbeiten, sondern, dass Kompromisse im Interesse aller Beteiligten gemacht werden müssten und eine Kooperation zur Durchsetzung der gemeinsamen Interessen anzustreben sei.

zu 3.4 Reduzierung der Ausgleiche des Landes für die kostenlose Beförderung von Schwerbehinderten im ÖPNV
Vorlage: DrS/2014/028

Herr Mozer erläutert die vorliegende Vorlage und gibt zu verstehen, dass die neu geschaffene Regelung zwar inhaltlich systematisch richtig sei, allerdings habe keine ganzheitliche Betrachtung der „ganzen“ öffentlichen Hand stattgefunden. Herr Mozer habe an den Gesprächen teilgenommen, eine andere Lösung habe er nicht herbeiführen können.
Der Vorsitzende beklagt, dass es sich hier nicht um eine faire Regelung handle und dass die Lasten ungleich verteilt seien.
Abschließend nimmt der Ausschuss den Bericht zur Kenntnis.

zu 3.5 Aktueller Sachstand zum SVG-Rechtsformwechsel
Vorlage: DrS/2014/030

Frau Moser erläutert anhand einer Präsentation, welche dem Protokoll anhängt, den aktuellen Stand zur Umwandlung des SVG. Die Prüfaufträge zur Wertkorrektur sowie zu den Steuerungsmöglichkeiten habe sie an das Ministerium weitergeleitet, aber noch keine Antworten erhalten. Sie hoffe, dass der Hauptausschuss am 13.03.2014 einen entsprechenden Beschluss fassen könne.
Für Pinneberg sei lediglich wichtig, die Umsatzsteuer einzusparen und dass Segeberg schnell zu einer Entscheidung komme. Der Vorsitzende moniert, dass Segeberg aufgrund der schnellen Entscheidung von Pinneberg ohne eine Beteiligung nicht frei in der Entscheidungsfindung sei.
Auf Nachfrage von Frau Marcussen erläutert Frau Moser, dass bei Drittgeschäften und projektbezogenen Arbeiten immer eine Umsatzsteuer anfallen würde. Lediglich bei hoheitlichen Aufgaben könnte diese eingespart werden. Das Problem sei ebenfalls nur verschoben, wenn Pinneberg die Aufgaben übernehmen würde, da die Steuer dann ebenfalls anfiele.
Herr Wulf betont, dass Segeberg und Pinneberg auf die Zusammenarbeit angewiesen seien.

Frau Moser ergänzt, dass es ein einseitiges Ausstiegsrecht nicht gebe.
Abschließend nimmt der Ausschuss den Sachstand zur Kenntnis.

zu 3.6 Emissionsarme Mobilität in der Kreisverwaltung Segeberg
Antrag der SPD-Fraktion (vgl. KT v. 10.12.2013)
Vorlage: DrS/2013/160

Da die SPD-Fraktion auch die Antriebsmöglichkeiten Erdgas und Wasserstoff für eine Möglichkeit hält, solle ein entsprechender Prüfauftrag an die Verwaltung gehen.
Nachdem Herr Birnbaum erklärt, dass die beiden Möglichkeiten bisher nicht in die Prüfung mit einbezogen wurden, erklärt sich der Ausschuss mit der Vergabe des Prüfauftrages einverstanden.

zu 3.7 Informationen zur Gründung Nahverkehrsverbund Schleswig-Holstein (nah.sh) und zur Umwandlung der LVS GmbH in die nah.sh GmbH

Aufgrund des Zeitfortschrittes wird dieser Punkt in die nächste Sitzung verschoben.

zu 4 Berichte der Verwaltung

In Bezug auf die Anfrage der Piratenfraktion bzgl. der Jagdsteuer (DrS/2014/046) erklärt Herr Falck, dass die Verwaltung bestrebt sei, die Hälfte des Einkommens für die Biotopförderung einzusetzen. Der „Ausreißer“ im Jahr 2013 sei durch eine langfristige und schwere Erkrankung der zuständigen Mitarbeiterin zu erklären, für das laufende Jahr seien schon wieder Mittel im erforderlichen Umfang gebunden. Herr Falck betont, dass es sich bei der Erhebung der Steuer um ein originäres Recht des Kreistages handle, aber selbstverständlich eine Zusammenarbeit mit den Jägern favorisiert werde. Eine gewünschte Auflistung über die Anzahl der Jagdausübungsberechtigten im Kreisgebiet hängt dem Protokoll an.

Herr Birnbaum informiert über das erste Treffen des Kreisklimarates, welches am 12.03.2014 stattfinden wird. Eine Einladung werde noch folgen.

Der Vorsitzende macht auf die Sondersitzung des UNK-Ausschusses am 06.05.2014 aufmerksam, welches das Konzept zum Klimawandel auf der Tagesordnung haben werde.

zu 5 Verschiedenes

zu 5.1 Informationen und Anfragen

Auf Nachfrage von Herrn Sass-Olker erläutert Herr Falck, dass die Beschilderung innerhalb von Naturschutzgebieten einheitlich vom Land durchgeführt werde. Darin enthalten ist auch das Gebot, Hunde an der Leine zu führen. Die Kontrolle im Einzelfall sei schwierig, allerdings gäbe es Kräfte wie z.B. ehrenamtlich bestellte Naturschutzdienstler oder auch Förster, die auf eine Einhaltung hinwirkten. Aktuell sei der Kreis aufgefordert worden, gegenüber dem Land zu melden, in welchen Gebieten Schilder benötigt werden. Allerdings warte die Verwaltung teilweise Jahre auf die Realisierung der Schilder.

Zum aktuellen Thema der Fällung der 250 Jahre alten Pastorats-Eiche in Kaltenkirchen erklärt Herr Falck, dass das vom Kreis als Untere Naturschutzbehörde in Auftrag gegebene Gutachten an einen öffentlich bestellten und vereidigten Baumsachverständigen zur Untersuchung der Vitalität des Baumes erhebliche Morschungen und Gefahrenlage attestiert habe. Aufgrund dieses Ergebnisses habe die Zustimmung zur Fällung des Baumes erteilt werden müssen. Auf Nachfrage erklärt Herr Falck, dass der Eigentümer als Verkehrssicherungspflichtiger frei sei, ein eigenes Gutachten in Auftrag zu geben.

zu 5.2 Anregungen für die nächste Sitzung

Es werden keine Anregungen vorgebracht.

zu 6 Einwohnerfragestunde II

Es werden keine Fragen aus der Einwohnerschaft gestellt.

Der Vorsitzende schließt mit Dank an alle Beteiligten die Sitzung.

gez. Arne Hansen (Ausschussvorsitz)	f.d.R. Harder (Protokollführerin)